



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbands vom 4. November 2008

## Es gibt kein Naturgesetz für Freihandel

**Bundesrätin Doris Leuthard hat heute den Startschuss für Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen Landwirtschaft mit der EU abgegeben. Dabei hat gerade die jüngste Vergangenheit gezeigt, dass dem freien Markt Grenzen gesetzt sind. Der Schweizerische Bauernverband (SBV) befürchtet negative Auswirkungen für die Bauernfamilien.**

Die Bankenkrise ist ein gutes Beispiel dafür: Auch Liberalisierung und Globalisierung sind nicht das Gelbe vom Ei. Märkte ohne Grenzen und Regeln funktionieren nicht per se optimal. Nach den Regeln des freien Markts werden Güter dort produziert, wo es am günstigsten ist und anschliessend über die ganze Welt verschoben. Dies auf Kosten der Volkswirtschaft, der Umwelt, der Sozialstandards und der regionalen Strukturen.

Heute fällt der Startschuss zu einem weiteren Prestigeprojekt von Wirtschaftsministerin Doris Leuthard: Die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen Landwirtschaft mit der EU. Ihre Vision: Die Schweizer Bauern beliefern mit ihren hochwertigen Produkten die kaufkräftigen Märkte in Europa. Auf der anderen Seite „profitieren“ die einheimischen Konsumenten von billigen Produkten aus ganz Europa. Dies alles mit der Begründung, „die Grenzen öffnen sich sowieso, jetzt müssen wir das Beste daraus machen“. Es gibt aber kein Naturgesetz für Freihandel.

Der SBV setzt den Vorstellungen des Bundesrats entgegen, dass die Landwirtschaft nicht mit der übrigen Wirtschaft vergleichbar ist. Ihre Produktion ist standortgebunden. Sie leistet einen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Ein Aspekt, der angesichts der weltweiten Verknappung von Lebensmitteln wieder an Bedeutung gewinnt. Die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft will mit einer Qualitätsstrategie Marktanteile im Inland halten und durch gezielte Grenzöffnung den Absatz von Spezialitäten im Ausland ausbauen.

Es macht keinen Sinn, die Rohstoffpreise durch die Grenzöffnung immer mehr unter Druck zu setzen und die Landwirtschaft zu zwingen, sich internationalen Standards anzupassen. Wohin dies führen kann, zeigen die Lebensmittelskandale im Ausland, jüngstes Beispiel ist die vergiftete chinesische Milch.

Der Bundesrat ist aufgefordert, die Interessen der Landwirtschaft und die Vorstellungen der betroffenen Bäuerinnen und Bauern endlich ernster zu nehmen.

### *Rückfragen:*

*Sandra Helfenstein, Mediensprecherin SBV, Tel. 056 462 52 21  
www.sbv-usp.ch*